

**Kreisverband Oberberg
Kreisgeschäftsstelle**

Kölner Straße 296
51645 Gummersbach
TEL (0 22 61) 2 45 40
FAX (0 22 61) 2 86 95
Mo 15-19, Mi 15-17, Do 10 -15 Uhr
www.gruene-oberberg.de

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)
Linie 302/310 (Ahlefelder Straße)

Frank Rimmel, Kreisgeschäftsführer
gruene.oberberg@t-online.de

Ursula Neuhaus, Vorstandssprecherin
TEL 02269 7051
ursneuhaus@aol.com

René Bongartz, Vorstandssprecher
TEL 0 22 93 902 637
gruene@rene-bongartz.de

21. September 2007

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kölner Straße 296 51645 Gummersbach

An die
Medien in Oberberg

**Gemeinsame PRESSEMITTEILUNG von Horst Becker (MdL),
verkehrspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion und dem Kreisvorstand
von Bündnis 90/Die Grünen**

**Zur Kreditaufnahme für die Wiehltalbahn durch die Stadt Waldbröl: Vorgehen
grenzt an Rechtsbruch**

Seitens der GRÜNEN-Landtagsfraktion ist mit Unterstützung durch den GRÜNEN-Kreisverband Oberberg zu den Vorgängen um den Ankauf der Wiehltalbahn eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet worden. Es sollte geklärt werden, warum der Landesbetrieb Straßen NRW einen Kredit an die Stadt Waldbröl vergibt, obwohl die Stadt überschuldet ist und der Haushaltssicherung unterliegt.

Horst Becker MdL, Verkehrspolitischer Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW:
"Nichts hören - Nichts sehen - Nichts sagen; die Aufarbeitung der Vorgänge um die Kreditaufnahme der Stadt Waldbröl beim Landesbetrieb Straßen NRW für den Ankauf der Wiehltalbahntrasse erinnern an das Verhalten der drei Affen. Der Bürgermeister der Stadt Waldbröl hat nichts gesagt - der Landrat hat nichts gehört und die Bezirksregierung als Kommunalaufsicht hat nichts gesehen. Und weil dies so ist, bekommt der ganze Vorgang noch den Segen der Landesregierung. Das Verhalten aller Beteiligten grenzt an Bruch von Recht und Gesetz. Die Stellungnahme der Landesregierung ist eine Aufforderung an alle Kommunen im Land es genau so zu tun."

In der Antwort der Landesregierung wird festgestellt, dass der Landrat des Oberbergischen Kreises als Aufsichtsbehörde in den Vorgang hätte einschreiten müssen. Durch dieses Nichthandeln ist unterblieben, dass die Bezirksregierung als Kommunalaufsicht von der Kreditaufnahme durch die Stadt Waldbröl erfahren hat und dadurch eine Verhinderung unmöglich gemacht wurde.

René Bongartz, Sprecher des GRÜNEN Kreisverbandes Oberbergischer Kreis: "Wir fordern Bürgermeister Waffenschmidt und Landrat Jobi auf, ihr unglaubliches Vorgehen zu erklären. Die Stadt Waldbröl unterliegt der Haushaltssicherung, damit die bestehende Überschuldung zumindest nicht eskaliert. Statt dessen erhöht der Bürgermeister unter Umgehung der Sicherheitsinstrumente (§85 Abs.4 GO NRW) die Schulden um 430.000 Euro. Landrat Jobi kam seiner Pflicht nicht nach, das unrechtmäßige Vorgehen an den Regierungspräsidenten zu melden. Jobi übergang so wissentlich die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz vor weiterer Überschuldung der Kommune. Der Landrat hat spätestens aus Pressemeldungen vom Vorgehen Waffenschmidts erfahren und ist dennoch nicht eingeschritten."

§ 85 Abs. 4 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung lautet: „Entscheidungen der Gemeinde über die Begründung einer Zahlungsverpflichtung, die wirtschaftlich einer Kreditverpflichtung gleichkommt, sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens einen Monat vor der rechtsverbindlichen Eingehung der Verpflichtung, schriftlich anzuzeigen. [...]“.

Waffenschmidt meldete nur den Kauf der Trasse, nicht die Aufnahme des Kredits.

Anlagen:

Antworten auf die kleinen Anfragen